

## Stellungnahme

### **Staatliche Beihilfen - Freistellungen für Beihilfebeträge in geringer Höhe (De-minimis-Beihilfen)**

Der Bundesverband Paket und Expresslogistik e. V. begrüßt die Anhebung des Betrages, den Unternehmen in einem Zeitraum von drei Jahren als Beihilfen in geringer Höhe erhalten können ohne in den Anwendungsbereich der Beihilfenkontrolle zu gelangen. Die Begründung (Inflation) ist zutreffend und die Anhebung ist ein Mittel mit sehr geringen Bürokratiekosten.

Nach Art. 1 sind Ausnahmen vorgesehen, die bestimmte Wirtschaftszweige und bestimmte Verwendungen vom Geltungsbereich ausnehmen. Der Straßengüterverkehr ist hier nicht genannt. Insoweit sprechen wir uns dafür aus, die entsprechende Ausnahme nach Art. 2 Abs. 2 zu überarbeiten. Dabei sollte der Aspekt des Erwägungsgrundes (5) ausdrücklich Eingang in den Verordnungstext finden. Zutreffend wird ausgeführt, dass die „Erbringung einer umfassenden Dienstleistung, bei der die Beförderung nur ein Bestandteil ist, wie beispielsweise bei Umzugsdiensten, Post- und Kurierdiensten oder Abfallsammlungs- und -behandlungsdiensten“ Dienstleistungen sind, die weit über den Verkehrsaspekt hinausgehen. Die genannten Tätigkeiten sollten uneingeschränkt zum Geltungsbereich der Verordnung gehören.

Wir begrüßen diese Feststellung, geben aber zu bedenken, dass eine einheitliche europäische Handhabung völlig in das Ermessen der Mitgliedsstaaten gelegt wird. Diese können geeignete Mittel wie die Trennung der Tätigkeiten oder der Buchführung für Bereiche ergreifen, in denen niedrigere De-minimis-Höchstbeträge gelten – oder nicht. Zur klaren Normanwendung trüge bei, ausdrücklich festzustellen, dass Umzugsdienste, Post- und Kurierdienste oder Abfallsammlungs- und -behandlungsdienste zu den Wirtschaftszweigen nach Art. 1 gehören, für die weder Ausnahmen vom Geltungsbereich noch hinsichtlich des Höchstbetrages formuliert werden müssen. In dieser Hinsicht sehen wir eine Diskrepanz zwischen den Erwägungsgründen und der Umsetzung im Verordnungstext, die behoben werden sollte.

Berlin, im Januar 2023